



Mittwoch, 25. Februar 2026, 16:00 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Von Bären und Grammophonen

Filmfestivals und Preisverleihungen sind politische Veranstaltungen, so sehr sich ihre Veranstalter auch dagegen wehren wollen. Sowohl die Grammys als auch die Berlinale machten das mehr als deutlich.

von Wolf Wetzel
Foto: Tsuguliev/Shutterstock.com

Lange Zeit waren Zusammenkünfte der Filmszene

geprägt von einer Art unpolitischer Politisierung. Man positionierte sich in den 2000ern gerne gegen Hunger und Armut in der Welt, für Kinder und Tiere – mit anderen Worten für alles, was keinen Mut erfordert, dafür aber viel Applaus einbringt. Diese Zeiten sind vorbei, denn die weltpolitische Polarisierung ist auch in Hollywood angekommen. Während sich dort alles um die vor Kurzem veröffentlichten Epstein-Akten dreht, reibt man sich bei der Berlinale am Thema Gaza auf. Während die einen erleichtert aufatmen, nachdem die Organisatoren dieses Jahr wesentlich weniger pro-palästinensisch eingestellt zu sein scheinen als noch vor 2 Jahren, löst genau dieser Versuch, nicht anzuecken, bei anderen Empörung aus. Jury-Mitglied Wim Wenders plädierte sogar dafür, die Kunst solle sich aus der Politik heraushalten, und macht sich damit selbst zum Politikum. Am Ende sind solche Abende eine Chance für Künstler, den Mut an den Tag zu legen, den sie sonst in ihren Werken immer gerne einfordern. Viele verpassen sie dennoch.

Trevor Noah nutzte seine Rolle als Moderator der 68. Grammy-Verleihung am 1. Februar 2026, um mit einem gekonnten Witz auf US-Präsident Donald Trump einzugehen, der sich bekanntlich nicht mehr dem Frieden verpflichtet fühlt, seitdem man ihm nicht den Friedensnobelpreis überlassen hatte.

Im Zuge der Verleihung des Preises für den „Song des Jahres“ an Billie Eilish sagte Trevor Noah:

„Song of the year – Das ist ein Grammy, den jeder Künstler will, fast so sehr wie Trump Grönland will, was Sinn macht, denn seitdem Epsteins Insel weg ist, braucht er eine neue, um mit Bill Clinton abzuhängen.“

Diese Bemerkung löste beachtlich viel Zuspruch im Saal aus – und eine heftige Reaktion aus dem Oval Office. Der US-Präsident trampelte sich durch die Beleidigungen, nannte Noah einen „totalen Verlierer“ und „armen, erbärmlichen, talentlosen, dummen Moderator“. Er drohte wie üblich mit rechtlichen Schritten und behauptete, niemals auf Epsteins Insel gewesen zu sein.

Die Grammy-Verleihung war unübersehbar politisch: Stars wie Bad Bunny und Billie Eilish protestierten mit „ICE Out“-Ansteckern gegen die US-Einwanderungsbehörde ICE, die sich als Besatzungsmacht im Inneren aufspielt und alle internieren möchte, die nicht auf Epsteins Insel eingeladen wurden ... und man seit Epsteins „Selbstmord“ zurecht auf die naheliegende Frage eine Antwort sucht:

Wo befinden sich heute die Bordelle für die Bill Clintons, Donald Trumps, Peter Mandelsons, Ehud Baraks, Howard Lutnicks und Mette-Marit von Norwegens?

Das Epstein-Kartell vereinigte vieles: „demokratische“ und „republikanische“ Politiker, Regierungsgeschäfte und Oppositionsgehabe, Machtgebrauch in allen Varianten, Erpressung und Vergünstigungen, royalen, dynastischen Altglanz mit KI-ähnlichen Wesen, die nicht Gott nahestehen, sondern sich selbst für Gott halten.

Vereint hat sie – und vereint sie weiterhin – die gänzliche Verachtung für Menschen, die ihnen ausgeliefert sind und das Ungesetzliche, das sie zum Lebensmodell erhoben haben.

Dabei geht eben nicht um Einzelne, um schwarze Schafe, die man jetzt zum Schutz der Herde vorführt. Genau dies hat die spanische Europaabgeordnete Irene Montero auf den Punkt gebracht:

„Dass die Mächtigen Pädophile oder Vergewaltiger sind, ist kein Fehler des Systems – es ist das Herz des Systems.“

Sie schließt ihre Rede vor dem EU-Parlament mit den Worten:

„Damit ihre Party weitergeht, muss die Welt brennen.“

Ganz in dieser Logik erklären US-Gerichte die Angelegenheit für strafrechtlich nicht mehr belangbar und den demokratischen und republikanischen Gesetzgebern fällt überhaupt keine Gesetzesinitiative ein, um die Lücke in der Größe eines Flugzeugträgers zu schließen.

Folglich werden die Veröffentlichungen der „Epstein Files“ bei den „Kunden“ nur ein mildes Lächeln hinterlassen.

Bisher.

Ein beschämendes Schauspiel – die Berlinale 2026. Vom Grammy zu den Löwen

Sophie Albers Ben Chamo zeigte sich in der *Jüdischen Allgemeinen* vom 11. Februar 2026 mit dem „reformierten“ Berlinale-Programm für dieses Jahr zufrieden:

„Im vergangenen Jahr ist die Berlinale unter ihrer neuen Chefin Tricia Tuttle angetreten, den Blick zu weiten und der global

fortschreitenden Polarisierung und Ideologisierung zu widerstehen. Gerade hat sie sich vehement gegen Kulturboykotte ausgesprochen, und das aktuelle Programm kann man durchaus als einladend bezeichnen, wenn es um israelische und jüdische Themen geht.“

An Verlogenheit und Platzpatronen-Argumenten ist diese Stellungnahme kaum zu überbieten. Gerade die Autoren der *Jüdischen Allgemeinen* sind für jede Art von Boykott, wenn es darum geht, den Protest mundtot zu machen, der sich gegen den Genozid durch das israelische Kriegskabinett wendet.

Wie heuchlerisch ist es also, jetzt die neu platzierte Berlinale-Chefin dafür zu loben, wofür man sie ins Amt gehievt hatte.

Man hat nach der Berlinale 2024 gesäubert, abgeräumt und ausgeschaltet, was nur geht. Das ging relativ ruhig und geräuschlos über die Bühne. Man holte sich eine gefügsame Berlinale-Chefin, sortierte das Personal neu und machte das Programm staatsrasonabel. Und als Aushängeschild konnte man den Filmemacher Wim Enders als Jury-Präsidenten gewinnen.

Es herrschte Zufriedenheit. Und dann passierte doch noch ein Malheur. Die *Jüdische Allgemeine* stottere sich am 13. Februar 2026 das so zurecht:

„Die 76. Berlinale hat mit Glamour, großen Gefühlen und einem wunderbaren Eröffnungsfilm begonnen. Respekt wurde großgeschrieben am ersten Tag. Nur auf der Pressekonferenz der Jury versuchte der Journalist Tilo Jung vergeblich zu polarisieren.“

Die „Atmosphäre der Empathie und der Sehnsucht“ störte also vor allem einer: Der Journalist Tilo Jung und Podcaster von *Jung & Naiv*. Er stellte auf der Pressekonferenz eine Frage, die sich eigentlich alle stellen müssten und deren Antwort alle interessieren sollte. Der *Merkur* schrieb auf merkur.de am 14. Februar 2026:

„Jung hatte die Jury auf der Pressekonferenz mit der Frage zum Thema ‚selektive Menschenrechte‘ geschockt und der Berlinale vorgeworfen, sich mit Menschen im Iran und in der Ukraine zu solidarisieren, nicht aber mit Palästinensern. Konkret ging es darum, ob die Jury vor dem Hintergrund, ‚dass die deutsche Regierung den Völkermord in Gaza unterstützt und Hauptgeldgeber der Berlinale ist, diese selektive Behandlung der Menschenrechte‘ mittrage.“

Die Jüdische Allgemeine hatte darauf sofort eine automatisierte Antwort. Hier sei Israel-Hass am Werk. Die Antwort von Jury-Mitgliedern heben wir uns noch auf.

No other land – not in germany

Was war auf der Berlinale 2024 passiert? Wurde Berlin in Schutt und Asche gelegt?

Im Zentrum des von Staatsgeldern getragenen Festivals standen viele Filmen, die sich auch mit den Themen Post-Kolonialismus, antifaschistischer Widerstand im Dritten Reich („In Liebe, Eure Hilde“) und dem Leben im besetzten Westjordanland („No Other Land“) beschäftigten.

Eigentlich ein nobles, politisches Anliegen, wenn da nicht die Gegenwart wäre. Denn vieles ist mehr als ein Film, also mehr als ein cineastisches Vergnügen, sondern die Vergangenheit in der Gegenwart.

Das wurde beim Abschlussfest der Berlinale sichtbar. Es war wirklich nicht viel, aber in Kriegsertüchtigungszeiten mehr als genug.

Es genügte ein kleiner Stofffetzen auf dem Rücken des Jurymitgliedes Véréna Paravel, um die Mitmacher und Mitläufer der deutschen Staatsräson in Rage zu bringen. Véréna Paravel stand auf der Bühne, umarmte zwei Kollegen und stand für Augenblicke mit dem Rücken zum Publikum. Und das bekam nun Ungeheuerliches zu sehen. Auf dem mit Sicherheitsnadeln befestigten weißen Stofffetzen stand: Cease fire now.

Wie kann man das fordern, wo doch alles so gut läuft?! Die Forderung nach einem Waffenstillstand ist seit Neuestem also kommunistisch und/oder antisemitisch.

Damit nicht genug:

Basel Adra, einer der Filmemacher von No other land, nutzte seine Laudatio, um zu sagen, dass „Zehntausende meines Volkes in Gaza getötet werden“. Er forderte einen Waffenstillstand, sein israelischer Kollege Yuval Abraham sprach von Besatzung und Apartheid. Für all das gibt es „donnernden Applaus“, so auf tagesspiegel.de am 25. Februar 2024.

Wenig später kamen der US-Regisseur Ben Russell und seine Kollegen auf die Bühne und wurden für den Dokumentarfilm „Direct Action“ geehrt. Und jetzt halten Sie sich bitte fest:

„Er ist gehüllt in ein Palästinatuch, seine Begleitung ebenfalls. Unwiderrspochen bezichtigt der Filmemacher Israel des Genozids. Auch er fordert einen Waffenstillstand“

So auf tagesspiegel.de ebenfalls am 25. Februar 2024.

Wie kann man auf der Abschlussfeier der Berlinale nur ein Palästinensertuch tragen! Ein scharfes Galakleid für 5.000 Euro ist okay, aber doch kein Palästinensertuch für acht Euro.

Jetzt ist man schon so nett zu den Gästen aus dem Ausland und dann nutzen sie die Gelegenheit für ihre Meinungsäußerung so dermaßen aus, dass man sie hören kann. Was für ein Verbrechen, rufen die Mit-Mörder in den Gazetten und Regierungs-Hinterbänken.

Und die werden alle zusammen aufgefahren. So berichtet die ARD-Tagesschau am 26. Februar 2024:

„Der Israelische Botschafter Ron Prosor äußerte sich am späten Sonntagabend auf ‚X‘ (früher Twitter) zum Vorfall und kritisierte die deutsche Kulturszene insgesamt. Diese habe ‚einmal mehr‘ ihre Einseitigkeit gezeigt, indem Künstlern der rote Teppich ausgerollt worden sei, die sich für die Delegitimierung des Staates Israels einsetzten, so Prosor. ‚Auf der Berlinale wurden antisemitische und israelfeindliche Äußerungen mit tosendem Applaus bedacht. Es scheint, dass die Lektion aus der Documenta nicht begriffen wurde‘, schrieb Prosor. ‚Unter dem Deckmantel der Rede- und Kunstfreiheit‘ werde antisemitische und antiisraelische Rhetorik zelebriert.“

Selbstverständlich wurde nicht nach der Substanz dieser Vorwürfe gefragt. Die schlichte Neugierde, wie man die „Delegitimierung“ des Staates Israel mit dem Vorwurf des Antisemitismus verknoten kann, verbietet sich hier.

„Ich habe das als emotionalen und moralischen Tiefpunkt wahrgenommen“, kommentierte die Grünen-Politikerin Daniela Billig“, ebenfalls ARD-Tagesschau am 26. Februar 2024 und weiter:

„Auch Melanie Kühnemann-Grunow, medienpolitische Sprecherin der SPD, kritisierte die Vorkommnisse auf der Preisverleihung. ‚Bei manchen Kulturschaffenden gibt es offenbar eine mangelnde Fähigkeit, zu differenzieren – und auch das Leid Israels zu sehen‘, so Kühnemann-Grunow. ‚Mir fehlte die kritische Sicht auf den 7. Oktober und die Anerkennung, dass dieser Tag für den israelischen Staat

traumatisch war.' Die SPD-Politikerin kritisierte, dass die Forderung nach einer Freilassung israelischer Geiseln nur in einem kurzen Redebeitrag der Festival-Leiterin Mariette Rissenbeek zu Beginn der Preisverleihung eine Rolle spielte.“

Die bis dahin über 30.000 Ermordeten in Gaza innerhalb von ein paar Wochen ließen sie mehr oder weniger kalt. Denn es ging und geht bis heute darum, so lange alles auf den „7. Oktober“ 2023 zu subsummieren, bis alles davor und alles danach verschwindet.

Das Schweigen über 60 Jahre Besatzung zu durchbrechen, das Recht auf Widerstand, das Benennen der Kriegsverbrechen zur Sprache zu bringen, brachte sie in Rage. Tagelang. Sie wollten Köpfe rollen sehen, forderten „Konsequenzen“, also dasselbe.

Ab dem 7. Oktober 2023 bestanden die öffentlich-rechtlichen-privaten Anstalten aus 98 Prozent Israel-bezogener Propaganda. Aber jetzt, diese zwei Minuten im Meer der Israel-bezogenen Kriegspropaganda, konnten sie nicht aushalten.

Wenn die Hüllen fallen

Der rote Teppich war kaum eingerollt, da feuerten die Kanoniere der deutschen Staatsräson. Im Visier hatten sie die Festivalleitung. Die Inquisition legte los:

Warum konnten Sie das nicht verhindern? Sie müssen doch mitbekommen haben, dass etwas im Busch ist? Warum haben Sie das nicht im Vorfeld unterbunden?

Die Festivalleiterin Mariëtte Rissenbeek war sichtlich hilflos und überfordert. Das wären doch Meinungsäußerungen von Filmemachern gewesen. Diese wären doch von der Meinungsfreiheit

gedeckt. Sie hätten doch gegen keinen Strafparagrafen verstoßen.

Man merkte ihren Erklärungen an, dass sie nicht verstand, dass es weder um das Grundgesetz, schon gar nicht um die Anwendung von Grundrechten geht.

Im Gegenteil: Bereits der Verweis auf das Grundgesetz ist ein Verdachtsfall. Denn es geht überhaupt nicht darum, ob etwas strafbar und justiziabel ist. Es geht darum, dass so etwas nicht passieren darf.

Die Jagdhundebesitzer können sich darauf verlassen.

Die Denunziationen gegen die Filmemacher und Preisträger des Dokumentarfilmes „No other land“ hatten bereits im Vorfeld des Festivals ihre erwünschte Wirkung entfaltet.

Im israelischen Staatsfernsehen Kan wurde der israelische Filmemacher Yuval Abraham mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert. Das ist an sich schon absurd und schwindelerregend. Aber damit wurde nur die Zündschnur gelegt:

„Ein rechtsgerichteter israelischer Mob kam gestern zum Haus meiner Familie, um nach mir zu suchen, und bedrohte enge Familienmitglieder.“

Gegenüber dem britischen Guardian sagte Yuval Abraham, Deutschland benutze Antisemitismusvorwürfe „nicht nur, um Palästinenser zum Schweigen zu bringen, sondern auch um Juden und Israelis zum Schweigen zu bringen, die die Besatzung kritisieren und das Wort Apartheid verwenden“,

Mehr als ein Tag

Es geht um mehr als eine richtige Geschichtsbetrachtung, in der es bekanntlich nicht um einen Tag geht.

Es geht mehr denn je um die Wenigen, die sich der deutschen Staatsräson nicht beugen. Sie sind lebenswichtig und es erfordert unser Zutun, sie nicht alleine zu lassen.

Das wirklich schönste Geschenk hatten sich die „Zuschauer“ auf der Berlinale selbst gegeben: Für die Aussage der Filmemacher, dass es sich bei der israelischen Staatspolitik um Apartheid und Besatzung handele, spendeten sie „tosenden Applaus“.

Perfect days — really?

Zurück in die Gegenwart. Die Frage des Journalisten Tilo Jung auf der Pressekonferenz der Berlinale 2026 zur selektiven Wahrnehmung der Menschenrechte löste hilfesuchende Blicke von links nach rechts auf dem Podium aus. Man hätte es fast hören können: Wer will was dazu sagen? Kann uns jemand da gut rauslavieren?

Zuerst suchte die polnische Produzentin Ewa Puszczyńska („Ida“, „The Zone of Interest“) einen Weg aus der Bredouille und verwies auf Wim Wenders, der gesagt hatte, dass es im Kino um Empathie gehe, den Versuch zu verstehen und sich selbst ein Bild zu machen.

Dann ergriff der Jurypräsident Wim Wenders selbst das Wort und machte zwei sehr grundsätzliche Aussagen:

- „Wir müssen uns aus der Politik heraushalten, denn wenn wir Filme machen, die dezidiert politisch sind, begeben wir uns auf das Feld der Politik – doch wir sind das Gegengewicht zur Politik.“
- „Wir müssen die Arbeit der Menschen machen und nicht die Arbeit der Politiker.“

Damit ist er der sehr konkreten Frage mit sehr kategorischen Aussagen zum Verhältnis von Kultur und Politik aus dem Weg gegangen. Pikant daran ist, dass der beste Widerspruch zu dieser skurrilen „Arbeitsteilung“ von ihm selbst kommt. **welt.de** (<https://www.welt.de/>) zitiert Wenders am 15. Februar 2024:

„Die Berlinale ist traditionell seit immer schon das politischste der großen Festivals, hält sich auch jetzt nicht raus, wird sie auch in Zukunft nicht tun. [...] Ich mag die Berlinale, weil sie auch immer den Mund aufmacht und was sagt.“

Dieses Statement ist gerade einmal zwei Jahre alt, als auf der Berlinale tatsächlich der Bär los war.

Gibt es heute nicht noch mehr Gründe, den Mund aufzumachen?

„Zu hören, dass Kunst nicht politisch sein sollte, ist schockierend“, so Arundhati Roy.

Im Gegensatz zu Wim Wenders ist die indische Schriftstellerin Arundhati Roy ihren Überzeugungen treu geblieben.

Es ist eine ungeheure Wohltat, ihr zuzuhören, als sie sich zu dieser gesäuberten Berlinale 2026 geäußert hatte. Arundhati Roy war entsetzt über die beschämenden Aussagen einiger Jurymitglieder der Berlinale zum Genozid in Gaza, allen voran Jury-Präsident Wim Wenders und „Zone of Interest“-Produzentin Ewa Puszczyńska, und sagte daraufhin ihre Teilnahme an der Berlinale ab.

Ihre Begründung liest man bestenfalls in homöopathischen Dosen in

den staatsdevoten Laufstallmedien:

„In Which Annie Gives It Those Ones“, ein skurriler Film, den ich vor 38 Jahren geschrieben habe, wurde ausgewählt, um im Rahmen der Sektion ‚Klassiker‘ bei der Berlinale 2026 gezeigt zu werden. Das hatte für mich etwas Schönes und Wunderbares. Obwohl mich die Haltung der deutschen Regierung und verschiedener deutscher Kulturinstitutionen zu Palästina zutiefst beunruhigt hat, habe ich immer politische Solidarität erfahren, wenn ich vor deutschem Publikum über meine Ansichten zum Völkermord in Gaza gesprochen habe. Das hat es mir ermöglicht, über einen Besuch der Vorführung von ‚Annie‘ bei der Berlinale nachzudenken. Heute Morgen hörte ich, wie Millionen Menschen auf der ganzen Welt, die die unfassbaren Äußerungen der Mitglieder der Jury der Berliner Filmfestspiele wahrgenommen hatten, als sie gebeten wurden, sich zum Völkermord in Gaza zu äußern.

Zu hören, dass Kunst nicht politisch sein sollte, ist schockierend. Damit wird eine Diskussion über ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit unterbunden, obwohl es sich gerade in Echtzeit vor unseren Augen abspielt – in einer Zeit, in der Künstler, Schriftsteller und Filmemacher alles in ihrer Macht Stehende tun sollten, um es zu stoppen. Lassen Sie mich das klar sagen: Was in Gaza geschehen ist und weiterhin geschieht, ist ein Völkermord an den Palästinensern durch den Staat Israel. Er wird von den Regierungen der Vereinigten Staaten und Deutschlands sowie mehreren anderen Ländern in Europa unterstützt und finanziert, was sie zu Mittätern dieses Verbrechens macht. Wenn die größten Filmemacher und Künstler unserer Zeit nicht aufstehen und dies sagen können, sollten sie wissen, dass die Geschichte über sie urteilen wird. Ich bin schockiert und empört. Mit tiefem Bedauern muss ich sagen, dass ich nicht an der Berlinale teilnehmen werde.“



Wolf Wetzel war Autor der ehemaligen autonomen L.U.P.U.S.- Gruppe, die sehr stark von der Häuserkampf Bewegung der 1980er Jahre, der Startbahnbewegung 1980 bis 1991, der Anti-Golfkriegskampagne 1991 und der Bundestagsblockade gegen die Abschaffung des Asylrechts 1993 geprägt war. Zuletzt erschienen das Buch „**Der Anti-Antifaschismus: Antifa, angebliche Nazis, rechtsoffener Staat und geheimdienstliche Neonazi-Verbrechen**“ (<https://www.buchkomplizen.de/buecher/hintergrund-verlag/der-anti-antifaschismus.html>)“ und die Autobiografie: „**Die drei Hälften meines Lebens — Opfer, Täter, Störenfried**“ (<https://www.buchkomplizen.de/die-drei-haelften-meines-lebens.html>)“. Eine Zeit lang schrieb er darüber hinaus Artikel für den **Rubikon**.